

■ **Hintergrund**
Wahlen im Saarland

Am 26. März wird im Saarland gewählt. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zufolge, die am Donnerstag veröffentlicht wurde, liegt die CDU mit 34 Prozent in Führung. Deren Spitzenkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte bei den vergangenen Wahlen 2012 35,2 Prozent für ihre Partei geholt. Die SPD kommt demzufolge auf 33 Prozent (2012: 30,6 Prozent), Die Linke auf 13 (2012: 16,1 Prozent). Rechnerisch wäre im Saarland damit sowohl eine Fortsetzung der bisherigen großen Koalition aus CDU und SPD als auch ein Bündnis von Sozialdemokraten und Die Linke möglich. Zumindest die Grünen mit fünf Prozent und die FDP mit vier Prozent der Umfrage zufolge knapp am Einzug in den Landtag scheitern könnten. Erstmals aber könnte die AfD dort vertreten sein. Sie wird bei Forsa mit sechs Prozent gehandelt.

SPD-Spitzenkandidatin Anke Rehlinger sagte der Welt (Freitagausgabe), über eine mögliche Koalition mit der Linke: »Es gibt natürlich, wie bei der CDU auch, Punkte, wo wir unterschiedlicher Auffassung sind.« Oskar Lafontaine, Spitzenkandidat der Partei Die Linke, habe sicherlich eine abweichende Haltung beim Thema Windkraft, sagte Rehlinger. Der Fraktionsvorsitzende hatte am 30. Mai gegen die Energiepolitik der Landesregierung ausgeteilt: »Im windarmen Saarland Anlagen mitten im Wald aufzustellen, die kaum Energie bringen, ohne dass es ausreichend Möglichkeiten gibt, die Energie zu speichern, während gleichzeitig für Hunderte Millionen überschüssiger Strom vernichtet werden muss, ist alles andere als eine vorausschauende Energiepolitik. Die Natur zu verschandeln, um angeblich die Natur zu schützen, ist keine Lösung«, hatte Lafontaine im Landtag in Saarbrücken erklärt.

Rehlinger ergänzte im Welt-Interview: »Bei industriepolitischen Ansichten dagegen sind wir sicher dicht beieinander.« Die SPD Saar sei noch nie ein starker Verfechter der Schuldenbremse gewesen. »Gerade für uns als Saarland ist die Schuldenbremse richtig hart.« Oskar Lafontaine kenne allerdings auch das Grundgesetz, so Rehlinger. »Wenn er in eine Regierung eintritt, muss er wissen, dass wir uns an geltendes Recht zu halten haben.« Sie und Lafontaine hätten »ein unverkämpftes Verhältnis zueinander«.

Die Grünen hatten 2009 mit CDU und FDP eine »Jamaika-Koalition« gebildet. Rechnerisch wäre auch ein Zusammengehen mit SPD und der Linke möglich gewesen. Der damalige und heutige Spitzenkandidat der Grünen, Hubert Ulrich, hatte sich über den Linke-Spitzenkandidaten erschrocken gezeigt. Lafontaine habe im Wahlkampf versucht, die Grünen »platt zu machen« und aus dem Landtag herauszuhalten, hatte er am 17. November 2009 gegenüber Bild geklagt. (sz)



Oskar Lafontaine, hier auf der von *iw* veranstalteten 20. Rosa-Luxemburg-Konferenz im Jahr 2015 in Berlin

»Darauf drängen, dass diese »Agenda 2010« entsorgt wird«

Die Linke fordert von SPD und Grünen Aufgabe der systematischen Verarmung durch Hartz IV. Ein Gespräch mit Oskar Lafontaine

In zwei Wochen wird im Saarland ein neuer Landtag gewählt. Wofür steht der Spitzenkandidat der Partei Die Linke, Oskar Lafontaine?

Für einen Regierungswechsel. Wir haben hier drei Probleme, die seit vielen Jahren nicht gelöst sind. Im Saarland wurde in den vergangenen Jahren viel zu wenig investiert. Deshalb fallen wir im Vergleich mit anderen Bundesländern zurück. Es gibt seit langem keine Leitinvestitionen – wir plädieren für den Ausbau der Medizintechnik. Die Mittel für die Hochschulen wollen wir aufstocken und nicht kürzen, wie es die derzeitige Landesregierung macht. Und leider gibt es seit Jahren im Saarland keine nennenswerten Betriebsanstellungen.

Wahrscheinlich werden Unternehmen aber nicht freiwillig auf Sie zukommen?

Doch. Es gibt immer wieder Neuanstellungen, bei denen Steuermittel eingesetzt werden. Nach dem Muster von Baer Stahl wollen wir dieses Geld in Leasingbeteiligungen umwandeln oder Stiftungsleistungen auf den Weg bringen. Hierin sehe ich einen der wichtigsten linken Reformansätze überhaupt. Wenn die Arbeitnehmer Anteilseigner ihrer Unternehmen werden, wird die Wirtschaft demokratisiert.

Sie wollen im Saarland 100 Millionen Euro zusätzlich investieren. Wie wollen Sie das in Zeiten der »Schuldenbremse« schaffen?

Das ist im Moment möglich, weil das Saarland im neuen Bund-Länder-Finanzvergleich etwas bessergestellt worden ist. Eine gute öffentliche Infrastruktur wird aber nur möglich sein, wenn die Steuerpolitik sich ändert. Solange Millioneneinkommen, -Vermögen und -Erbenschaften nicht oder zu gering besteuert werden, wird in Deutschland zu wenig in die öffentliche Infrastruktur investiert.

Die Linke regiert in anderen Bundesländern mit. In Thüringen wurden Flüchtlinge im Winter abgeschoben, in Berlin kommunale Wohnungen privatisiert. Wie können Sie garantieren, dass Sie im Saarland im Kabinett nicht umkippen?

Ich habe seit der Gründung der Partei Die Linke dafür geworben, wichtige Bereiche wie den Wohnungsbau, die Gesundheitsvorsorge oder den Nahverkehr in öffentliche Hand zu behalten und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen abzulehnen. Das ist mittlerweile Konsens. Das werden wir auch umsetzen, falls wir an einer Landesregierung beteiligt sind. Und in der Frage der Betreuung der Flüchtlinge muss unsere Handschrift ebenfalls deutlich erkennbar sein. Beispielsweise müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Menschen nicht in das vom Bürgerkrieg gebeutelte Afghanistan abzuschicken. Generell kann eine Landesregierung aber nicht auf Abschiebungen verzichten, wenn der Rechtsweg ausgeschöpft ist und die Betroffenen eine freiwillige Rückkehr ablehnen, da sie die Bundesgesetze beachten und vollziehen muss.

Auf Bundesebene gibt es große Aufregung um den designierten SPD-Vorsitzenden Martin Schulz. Er wird von Medien wegen seiner vermeintlichen Kritik an der »Agenda 2010« als »Lafontaine light« bezeichnet. Sehen Sie Chancen für ein Regierungsbündnis im Bundestag mit dieser SPD?

Bis jetzt halten CDU, SPD, FDP und Grüne an der »Agenda 2010« fest. Was derzeit öffentlich diskutiert wird, sind minimale Korrekturen. Die Folgen dieser Gesetze, einschließlich der Steuer- und Rentenpolitik, sind an zwei Zahlen

zu erkennen. Erstens: Ein Rentner in Deutschland hat im Schnitt fast 800 Euro weniger im Monat als ein Rentner in Österreich. Zweitens: Bei 40 Prozent der Haushalte, so die jüngsten Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, ist das Realeinkommen seit 1999 gesunken. Diese verheerende Entwicklung wird durch die marginalen Korrekturen, die angekündigt werden, nicht verändert.

Die Gewerkschaft fordert, dass im Saarland mehr als 3.000 zusätzliche Mitarbeiter in den Krankenhäusern eingestellt werden. Ministerpräsident Annegret Kramp-Karrenbauer von der CDU sagt, etwa 1.000 Neueinstellungen reichen. Wollen Sie die Forderung der Gewerkschaft aufgreifen – und wenn ja, wie wollen Sie es finanzieren?

junge Familien festlegen, werden sich viele gegen Kinder entscheiden. Die »Agenda 2010« ist auch die wesentliche Ursache für die niedrige Geburtenrate.

Wie wollen Sie die Löhne im Saarland erhöhen?
Die Rahmenbedingungen, die zum deutschen Lohndumping führen, das ganz Europa in Schwierigkeiten gebracht hat, werden in Berlin festgelegt. Dort müssen die entsprechenden Gesetze geändert werden. Dazu muss sich in den Gewerkschaften stärker der Gedanke festsetzen, dass es nicht klug ist, um den Export zu unterstützen, eine zurückhaltende Lohnpolitik zu betreiben. Der frühere IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat die Forderung, Löhne zu erhöhen, schon mal mit der Bemerkung abgewehrt: »Ich schaffe keine Arbeitsplätze in China.« Die Gewerkschaften müssen den Binnenmarkt stärker in den Blick nehmen und für kräftigere Lohnerhöhungen kämpfen. Bei einer Inflationsrate von derzeit 2,2 Prozent sind Lohnabschlüsse von zwei Prozent sozialpolitisch und wirtschaftlich nicht vertretbar.

Deutschland führt immer mehr Kriege. Wie kann sich eine Landesregierung für eine friedlichere Welt einsetzen?

Der Spielraum einer Landesregierung ist gering. Aber jeder einzelne kann etwas tun. Ich spreche beispielsweise auf Friedenskundgebungen wie in Ramstein.

Nationalistische Töne werden hierzulande lauter. Was ist Ihre Strategie im Kampf gegen rechts?

Hier kann ich nur auf den IG-Metall-Vorsitzenden Jörg Hofmann verweisen, der kürzlich zu Recht festgestellt hat, dass die »Agenda 2010« den Aufstieg der AfD begünstigt hat. Wer den Rechten den Boden entziehen will, muss den Sozialstaat wiederherstellen. Deswegen werden wir darauf drängen, falls wir an einer Regierung beteiligt sind, dass diese »Agenda 2010« entsorgt wird. Interview: Simon Zeise

»Eine gute öffentliche Infrastruktur wird nur möglich sein, wenn die Steuerpolitik sich ändert.«

Wir müssen darauf bestehen, dass die »Agenda 2010« rückabgewickelt wird. Ich nenne einen Kernpunkt, die sogenannte Zumutbarkeitsklausel, nach der ein Arbeitnehmer jeden Job annehmen muss, unabhängig von seiner Bezahlung und seiner beruflichen Qualifikation. Die Folgen sind der große Niedriglohnssektor und die Rutschbahn für die Löhne nach unten. Die Zumutbarkeitsklausel muss fallen. Nur mit einer starken Linken gibt es eine Chance, dass der Sozialstaat wieder aufgebaut wird. Deshalb sind Äußerungen der führenden Sozialdemokraten, sie würden nach der Bundestagswahl auch mit der CDU oder FDP eine Regierung bilden, ein Beleg für die Gefahr, dass nach der Wahl wieder wie bisher alle soziale Versprechungen kassiert werden.

Die Zumutbarkeitsklausel zu kippen, das wäre doch ein Vorhaben für eine Landesregierung?

Ja, wir können im Bundesrat aktiv werden. Der Bundesrat kann Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Man muss dafür über die Regierungen, an denen Die Linke beteiligt ist, hinaus Bündnispartner suchen.

Wir haben im Saarland nur die Möglichkeit, die Investitionen für die Kliniken zu erhöhen. Das werden wir tun. Es schafft den Krankenhäusern größeren Spielraum, mehr Personal einzustellen. Diese Engpässe, die nicht nur in der Pflege festzustellen sind, kann man nur ändern, wenn unsere steuerpolitischen Vorschläge auf Bundesebene umgesetzt werden. Ein Hinweis: Würden wir das Vermögen so besteuern, wie die angelsächsischen Länder, und das ist ja bekanntlich nicht der Sozialismus ausgebrochen, hätten wir laut OECD-Statistiken 80 Milliarden Euro mehr auf Bundesebene im Jahr. Dann kann der Bund auch ein Gesetz verabschieden, nach dem mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern verpflichtend vorgelassen werden muss.

Im Saarland haben Familien im Bundesvergleich am wenigsten Kinder. Die Landesregierung reagiert mit einer Familien-App und Senior-Schülerlotsen.

Das ist alles weiße Salbe. Solange der Arbeitsmarkt prekariert ist, solange befristete Verträge, Leiharbeit und Minijobs die Lebensbedingungen für

China bleibt Zugpferd

Nachfrage explodiert, Exporte stabil: Trotz unerwarteten Handelsbilanzdefizits bleibt Volksrepublik globaler Konjunkturmotor. **Von Wolfgang Pomrehn**

Chinas Handelsbilanz wies im Februar erstmals seit zwei Jahren ein Defizit aus. Für die Weltwirtschaft sind das erfreuliche Nachrichten: Ursache ist ein ungewöhnlich kräftiger Anstieg der chinesischen Importe bei weiterhin reger Ausfuhr. Um beachtliche 44,7 Prozent hatten die Einfuhren im zweiten Monat des Jahres gegenüber Februar 2016 zugelegt. Die Exporte wuchsen hingegen »nur« um 4,2 Prozent, berichtet das Internetmagazin *Asia Times online* unter Berufung auf die chinesischen Zollbehörden. Demnach habe sich ein Handelsbilanzdefizit von 60,63 Milliarden Yuan (8,29 Milliarden Euro) ergeben. Das letzte monatliche Defizit hatte es im Februar 2014 gegeben, ansonsten verzeichnet die Volksrepublik seit Jahren hohe Handelsbilanzüberschüsse. 2016 hatte das Plus bei 3,35 Billionen Yuan (458 Milliarden Euro) gelegen, im Jahr zuvor waren es umgerechnet sogar rund 508 Milliarden Euro gewesen, wie die Zeitung *China Daily* bereits Mitte Januar berichtete. Allerdings sind die Februarzahlen etwas verzerrt. Zum einen lag das chinesische Neujahrsfest, an dem die meisten Betriebe für eine Woche schließen, in diesem Jahr besonders früh. Dies bewirkte eine im Vergleich höhere wirtschaftliche Aktivität im Februar. Außerdem sind die Preise für viele Rohstoffe in den zurückliegenden Monaten wieder gestiegen. Das hat die Importe verteuert. So waren die Kupfer- und Eisenerzpreise seit der zweiten Jahreshälfte 2015 gesunken, steigen aber seit dem Herbst 2016 wieder. Auch das Fass (159 Liter) Rohöl ist gegenüber seinem Niedrigstand vom April 2016 um rund 40 Prozent teurer geworden. Schließlich hat der Yuan (die Währungseinheit des »Volksgeldes« Renminbi) gegenüber dem US-Dollar, in dem die meisten Rohstoffe gehandelt werden, im Laufe des vergangenen Jahres einige Prozentpunkte verloren, was die Importe zusätzlich verteuert. Der Hauptgrund für das unerwartete Handelsbilanzdefizit dürfte die starke Nachfrage nach Rohstoffen gewesen sein, wie die *Asia Times* schreibt. Tatsächlich zeigen die Einfuhrstatistiken, wenn



Weiter geht's: Baustelle für neue Flatscreen-Fertigungsanlage des Konzernriesen Foxconn in Guangzhou am 1. März

man allein die importierten Mengen betrachtet, einen klaren, ungebrochen positiven Trend für Eisenerz und Rohöl über die letzten zwölf Jahre. Überlagert ist dieser allein von kurzfristigen Fluktuationen. Krisenbedingte Rückgänge sind nicht zu verzeichnen, höchstens ein zeitweises Stagnieren in den Jahren 2008 und 2011. Ein- und Ausfuhren werden meist in Preisen quantifiziert, die für die Rohstoffe Ende 2014 rapide gesunken sind. Daraus ergibt sich der Anschein, dass China zuletzt weniger importierte. In Wirklichkeit hatte die Volksrepublik (wie auch Deutschland) nur das Glück, billiger einkaufen zu können. Zum Beispiel war im Januar und Februar die durchschnittliche Tonnage an eingeführtem Rohöl um 12,5 Prozent höher, doch das Fass Öl war in Yuan ausgedrückt um 60,5 Prozent teurer. Ähnliches gilt für Eisenerz, dessen Menge um 12,6 Prozent zulegte – bei einer beträchtlichen Preissteigerung für chinesische Käufer um 83,7 Prozent. Neben der Einfuhr von Rohstoffen leg-

te im Februar jedoch auch der Import von Fertigwaren zu, so dass Chinas asiatische Nachbarn in Japan, Südkorea und Südostasien, aber auch die EU, sich über ein starkes Plus im Geschäft mit der Volksrepublik freuen dürfen. Wie es aussieht, spielt das Land einmal mehr die Rolle des Motors für die eher lahrende Weltwirtschaft. Quasi im Gegenzug darf es auf eine weiter wachsende Nachfrage für chinesische Waren hoffen. Diese haben sich zudem durch den leicht gesunkenen Yuan-Außenwert verbilligt. Auch hierin gleicht die chinesische Stellung in der Weltwirtschaft der deutschen mit ihrem unterbewerteten Euro. Und in einem dritten Punkt gibt es eine auffällige Ähnlichkeit. China nutzt im zunehmenden Maße seinen gewaltigen Handelsbilanzüberschuss für den Kapitalexport. Mit einem guten Billionenpolster von umgerechnet gut drei Billionen US-Dollar (2,830 Milliarden Euro) im Rücken kaufen sich staatliche wie private chinesische Konzerne in aller Welt ein oder gründen neue Nie-

derlassungen. Nach vorläufigen Zahlen des chinesischen Handelsministeriums wurden im vergangenen Jahr 1,12 Billionen Yuan (136 Milliarden Euro) im Ausland investiert. Das war eine Steigerung um rund 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist der Kapitalabfluss den Behörden nicht immer geheuer, weshalb verstärkte Kapitalverkehrskontrollen angekündigt wurden. Davon abgesehen sind die Auslandsaktivitäten chinesischer Unternehmen aber meist sehr im Sinne der Führung in Beijing. Insbesondere in Afrika, Lateinamerika und Osteuropa wird eine aktive Wirtschaftspolitik betrieben. Über Zentral- und Westasien treibt China zudem im Rahmen seiner Neue-Seidenstraße-Initiative diverse Infrastrukturprojekte wie Eisenbahnbau und Hafenausbau voran, um den Warenverkehr mit der Region und mit Europa zu erleichtern. Kein Wunder, dass Chinas Präsident Xi Jinping kürzlich auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos die Globalisierung vehement verteidigt hatte.

■ Drucksachen

Nach der ersten Etappe. Der Sturz der Zarenmonarchie war kein Wunder. Lenin über die Februarrevolution. Klassiker

■ Schwarzer Kanal

Gespensterbefreiung. *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe ist der Meinung, dass die Zeit für »große« deutsche Politik wieder da ist

■ Reportage

Afrika, postwestlich. Eindrücke vom 25. Panafrikanischen Filmfestival in Ougadougou. Von Arnold Schölzel

■ ABC-Waffen

Werfen Sie noch einen allerletzten Blick in dieses Höllental. Der GART (Teil 2 und Schluss). Von Valentin Moritz



CHRISTIAN-DITSCH/IDE

»Das Land wurde nicht verkauft, sondern mit Gewalt enteignet«

Ein Gespräch mit Ida Hoffmann und Esther Muinjangue ■ Über den Genozid an den Nama und Herero in Namibia und ihren Kampf um Reparationen von der Bundesrepublik

Sie sind in Berlin, um Reparationen wegen des Genozids an Ihren Vorfahren zu verlangen. Die Deutschen kamen Anfang des 20. Jahrhunderts nach Namibia und begangen schreckliche Kolonialverbrechen an den Herero und Nama. Wie wollen Sie Ihre Forderungen durchsetzen?

Esther Muinjangue: Seit mehr als zehn Jahren versuchen wir, mit der Bundesregierung zu sprechen. Ihre Vertreter sagen uns immer, dass sie weder mit Einzelpersonen noch mit Gruppen verhandeln wollen: »Wenn wir über etwas sprechen, werden wir es mit der namibischen Regierung tun.« Daher haben wir einen Anwalt engagiert, um zu sehen, wie wir sie dazu bewegen können, zu begreifen, dass wir es ernst meinen. Wir hoffen, dass durch unsere Klage nun etwas passieren wird.

Was haben Sie unternommen?

Ida Hoffmann: Wir haben die deutsche



Ida Hoffmann (l.)

... ist Abgeordnete des namibischen Parlaments

Esther Muinjangue

... ist Professorin für Sozialarbeit an der Universität von Namibia

Regierung angezeigt, weil das Land einen Genozid an den Nama und Herero verübt hat. Die BRD soll dafür zumindest zahlen, also Reparationen leisten.

Wer sind dabei die gesetzlichen Vertreter?

E. M.: Unser Anwalt ist Kenneth F. McCallion aus den USA. Er vertritt die zwei traditionellen Führer unserer Gemeinschaften, Vekuii Rukoro für die Herero und David Frederick für die Nama.

Welche Haltung nimmt die namibische Regierung zu dieser Klage ein?

I. H.: Beide Regierungen führen Verhandlungen nur miteinander, niemand spricht mit den Vertretern der Herero und Nama. Aber die Deutschen kamen einst nach Namibia und vertrieben die beiden Völker. Nun wollen sie nicht mit uns verhandeln, weil wir nur traditionelle Vertreter unseres Volkes haben und keine Regierung. Ich möchte unterstreichen, dass das namibische und das deutsche Kabinett wissen, dass es diese Völker waren, deren Angehörige durch Deutsche ermordet wurden. Mit diesen sollte sich Berlin an den Tisch setzen und verhandeln.

Wie ist Windhoek einbezogen?

I. H.: Die namibische Regierung möchte nicht involviert sein. Sie hat unsere Ini-

tiative zwar mehrheitlich akzeptiert, aber stellte klar, dass sie diesen Fall nicht weiter verfolgen will. Sie hat einfach keinen Respekt vor den Minderheiten. Aber wir müssen auch festhalten: Die namibische Regierung ist natürlich wegen eines bilateralen Übereinkommens, das sie und die deutsche Regierung unterzeichnet haben, ängstlich. Wir kennen den Inhalt aber nicht, denn vom Vertrag sind keine Details bekannt. Namibia erhält – im Vergleich zu allen anderen afrikanischen Ländern – den größten Batzen von der deutschen Regierung, und natürlich will es dieses Geld nicht verlieren. Im Mai 2017 bekam das Land 127 Millionen Euro von der deutschen Regierung, und das nur für die Oshivambo sprechenden Menschen, die Mehrheit in Namibia. Denn die scheinen hier die einzigen zu sein, die krank und arm sind und keine Wohnungen haben. So erläutert es zumindest die namibische Regierung.

Auch in der BRD gehen regelmäßig Menschen auf die Straße, um auf die Kolonialverbrechen der Deutschen aufmerksam zu machen

■ Fortsetzung auf Seite zwei

■ Fortsetzung von Seite eins

Aber wegen des Genozids wurde noch nichts bezahlt?

E. M.: Der wird ja gar nicht anerkannt. Und doch sagt die deutsche Regierung immer wieder, dass die BRD eine besondere Beziehung zu Namibia habe. Aber sie erklärt nicht, warum diese so besonders sein soll. Dabei liegt es doch auf der Hand: Es ist wegen der Vergangenheit und des Genozids, den die deutschen Besatzer zu verantworten hatten. Seit dem 5. Januar – damals haben wir unsere Anwälte damit beauftragt, die Klage gegen die Bundesregierung einzureichen –

sehr reiche Region, vor allem im Süden. Es gibt hier Diamanten und andere Bodenschätze. Als sie kamen, stahlen sie Grund und Boden. Sie leben auch heute noch auf unserem Land. Die Bundesregierung will diese Wahrheit nicht hören, insofern hoffe ich, dass die Klage endlich Frieden bringen wird. Denn wir wollen nicht, dass in unserem Staat dasselbe wie in Simbabwe passiert.

Erklären Sie doch bitte, auf welche Entwicklungen Sie anspielen.

I. H.: Die Deutschen kamen auch nach Simbabwe. Auch dort nahmen sie den Menschen das Land, und man kann auch sagen, den Reichtum.

Großeltern genau, wo unsere Vorfahren begraben liegen. Wir wissen genau, welche Landstriche uns zustehen.

Warum sind Sie sich so sicher, dass das Geld, über das die namibische und die deutsche Regierung verhandeln, nie bei Ihnen ankommen wird?

I. H.: Wir wollen einfach nicht, dass irgendwelche Verhandlungen ohne uns stattfinden. Es muss bezahlt werden, für das, was Deutschland uns Nama und Herero angetan hat. Wenn man von Gerechtigkeit spricht, sollte man sich auch mit unseren traditionellen Anführern an einen Tisch setzen.

Damals starben 80 Prozent der Nama und Herero. Selbst wenn es jetzt Reparationen geben sollte, kann das natürlich nicht wieder gutgemacht werden. Welche Veränderungen erhoffen Sie sich konkret für Ihre Gemeinden?

E. M.: Viele Dinge befinden sich gerade im Fluss. Politisch sehen wir uns seit langem benachteiligt, weil die Parteien in den Städten organisiert sind. Von uns sind nur sehr wenige in politische Entscheidungen einbezogen. Es gibt nur einzelne Nama und Herero, die im Parlament sitzen. Diejenigen, die in Südafrika und Botswana in der Diaspora leben, haben ihre Kultur verloren. Sie können die Sprache nicht mehr. Es geht um ihre Identität, weil sie nicht mehr wissen, ob sie südafrikanische Bürger sind oder Nama oder was auch immer. Es gibt institutionelle Armut und die wird praktisch von einer Generation zur nächsten vererbt. Genauso wie die Traumata weitergegeben werden, etwa der vergewaltigten Frauen, die gezwungen wurden, die Kinder der Henker ihrer Familien zu gebären. Die Knochen der Toten mussten von Frauen auch vom Fleisch gereinigt werden, bevor sie nach Berlin geschickt wurden. Vielleicht waren es die Knochen ihrer eigenen Angehörigen. Vieles davon ist noch nicht mal annähernd aufgearbeitet und belastet auch die nachfolgenden Generationen.

I. H.: Die deutsche Regierung hat die Würde unserer Leute zerstört. Heute können wir über Veränderungen reden, aber es wird nicht einfach, das zu überwinden. Ich schildere Ihnen als Beispiel einen Teil meiner eigenen Geschichte: Ich konnte nur drei Jahre zur Schule gehen. Und damit und auch danach hatte ich noch unheimliches Glück: Ich war zwar im Gefängnis, aber danach begann ich, in einem Kindergarten zu arbeiten. Ich bin sehr stolz darauf, dass ich heute dort 300 Kinder und rund 20 Mitarbeiter habe. Was uns die Deutschen angetan haben, betraf und betrifft auch die nachfolgenden Generationen.

Gibt es in Ihrem Land eine Stätte der Mahnung an den Genozid?

I. H.: Nein. Deutsche Forscher kamen und fragten dasselbe. Ich habe Land dafür beantragt, aber noch immer ist die Frage offen, wieviel wir dafür bezahlen sollen. Wir stehen in Verhandlungen. Ein Ort zum Gedenken wäre aber das mindeste.

Was sind die Hauptprobleme der Nama und Herero, die in das namibische Parlament eingebracht werden?

I. H.: Die Bodenfrage. Wir hatten vor kurzem eine große Demo im Süden. Dort wurde gefordert offenzulegen, wer sich auf dem Land neu niedergelassen hat. Ich wurde eingeladen, um über den Genozid zu sprechen.

E. M.: Wir haben elf ethnische Gruppen in unserem Land. Auf einer Karte könnten Sie erkennen, dass früher im Norden die Caprivianer lebten, die Ovambos, die Kavangos und ein Teil der Himbas. In Zentrum lebten die Herero mit den Damara. Im Süden standen die Nama. Als die Deutschen kamen, gingen sie in das Zentrum und in den Süden, weil es dort die Bodenschätze gab. Im Norden waren sie kaum und haben dort beispielsweise auch keine Menschen getötet. Die daraus entstandene unterschiedliche Sicht auf die Kolonisierung im eigenen Land macht aber nun ein gemeinsames Agieren so schwer.

Ist es gefährlich für Sie, sich in der Politik zu engagieren?

I. H.: Gefährlich ist etwas anderes. Aber ich muss schon sagen, dass die Regierungspartei, der ich auch angehöre, selbst die besten Ideen der Oppositionspartei nicht akzeptiert. Das ist auch einer der Gründe, warum es keinen Fortschritt bei der Frage des Genozids gibt. Meine eigene Partei hat kein Interesse daran.

Sie sind also eine Minderheit in der regierenden Partei?

I. H.: Das ist so. Es gibt Offizielle, die nicht mal das Wort Genozid benutzen wollen. Ich bin die einzige im Parlament, die sich dafür einsetzt, einen angemessenen Umgang zu finden. Die ermordeten Menschen können nicht für sich selbst sprechen. Wir sind diejenigen, die heute für sie eine Gedenkstätte bauen können, damit sie endlich in Frieden ruhen können.

Sie erzählten, dass Sie nur kurz zur Schule gingen. Wie kamen Sie zur Politik?

I. H.: Ich arbeitete für Deutsche, bekam dafür nur Wasser und Brot. Das war damals für viele die Realität. Eines Tages habe ich mir gesagt, heute werde auch ich hier in der Wanne baden. Mein Chef beschimpfte mich. So war ich immer rebellisch. Später in den 60er Jahren wurde ich aktiv und musste deshalb ins Gefängnis. Deshalb verlor ich auch meinen Job. Dann hatte ich die Idee, einen Kindergarten zu eröffnen. Ich fing mit einem Kind bei mir zu Hause an und war 1984 die erste, die einen privaten Kindergarten eröffnet hat. Heute bin ich auch Abgeordnete im namibischen Parlament. Ich habe fünf Kinder geboren, eins davon starb wegen der Folter im Gefängnis.

Und wie war das bei Ihnen, Frau Muinjangu?

E. M.: Ich bin wuchs bei meiner Großmutter auf. Mein Vater verließ das Land und lebte in Schweden. Ihn traf ich erst, als ich 18 Jahre alt war. Ich hatte viel Glück, dass ich überhaupt zur Schule gehen konnte und dann sogar Sozialarbeit studierte. Die Sozialarbeit ist ein Berufsfeld, in dem die Menschen dir vertrauen. Man setzt sich mit Menschenrechten auseinander, mit Fragen der Justiz. Daher kommt auch mein Engagement in der Genozid-Frage. Mein Großvater war ein Kind, das nach einer Vergewaltigung durch einen Deutschen geboren wurde. Er fragte nie nach seinem Vater. Aber die Geschichte unseres Volkes ist allgegenwärtig: Sie wird den Kindern von den Eltern erzählt. Dabei wird nicht ausgeblendet, was die Deutschen den Herero und Nama antaten, auch wenn die persönlichen Geschichten schmerzhaft sind und unter der Oberfläche bleiben. Ich bin Mutter von drei Kinder, zwei Jungen und einem Mädchen, und nun unterrichte ich Soziale Arbeit an der Universität. Aber vor allem bin ich immer eine Aktivistin gewesen.

Zum Schluss würde ich gerne mit Ihnen darüber reden, wie der deutsche Entwicklungsminister über Afrika spricht. Er hat vor einigen Monaten folgendes gesagt: »Wenn eine afrikanische Frau 100 Dollar verdient. Preisfrage: Wieviel bringt sie nach Hause zur Familie? Die bringt 90 Dollar nach Hause. Wenn ein afrikanischer Mann 100 Dollar verdient – Preisfrage, ... was bringt der nach Hause? 30 Dollar. Und du weißt sicher, was er mit dem Rest macht (lacht): Nämlich Alkohol, Suff, Drogen, Frauen natürlich.« Danach entschuldigte er sich zwar lapidar, aber er ist nicht zurückgetreten.

I. H.: Wie bitte? Das ist ein Affront. Es ist genau das, was die vorherigen Regierungen mit unseren Leuten machten. Das ist, wie er erzogener wurde, schwarze Menschen zu behandeln. Die Deutschen haben uns nicht nur ausgetrotet, sondern auch die Gehirne ausgewaschen.

Das Gespräch führte **Carolina Negrete**



Deutschland ist ein reiches Land. Auch dank unserer Ressourcen, dank unserer Diamanten. All diese schicken Gebäude in Berlin stehen in Verbindung mit unserer Geschichte.

haben wir dazu kein Wort aus Windhoek gehört. Nur unser Außenminister erklärte im Radio, dass das Kabinett die UN einbeziehen will, um eine freundschaftliche Lösung für das Problem des Genozids und für Reparationen zu finden. Das würde alle Namibier zugute kommen, nicht nur den betroffenen Gemeinschaften. Danach erklärte er, er sei missverstanden worden. Das ist doch ein Spiel. Die deutsche Regierung hat sich bisher noch gar nicht dazu geäußert. Vielleicht überlegt sie sich gerade eine Strategie, wie sie davonkommen kann.

Wer sind Ihre Unterstützer?

I. H.: Unsere Gemeinschaften sind verbündet. In Städten wie Berlin organisieren Menschen Möglichkeiten für uns aufzutreten, weil sie sich um uns Gedanken machen. Unterstützung besteht nicht nur in Geld, sondern auch in solcher Hilfe. Die Soligruppen laden uns ein, und wir informieren dort jene Menschen, die vielleicht noch gar nichts über den Völkermord wissen.

E. M.: Ich weiß, dass es nach der Wiedervereinigung Mitglieder des hiesigen Parlaments gab, die uns unterstützt haben. Seit 2007 gibt es durch die Partei Die Linke und andere eine Bundestagsinitiative im Zusammenhang mit dem Genozid. Aber es wurde nichts daraus.

Was ist mit den Deutschen, die heute in Namibia wohnen? Was sagen die dazu?

E. M.: Sie werden von der namibischen Regierung sehr geschätzt. Wir haben zwar eine riesige Gemeinde von Deutschen, aber diese leben sehr abgeschottet. Sie haben ihre eigenen Schulen, eigene Kirchen und so weiter.

Vielleicht können sich die Menschen in der BRD noch damit rausreden, sie wüssten nicht viel davon, was in Namibia am Anfang des 20. Jahrhunderts passierte. So könnte man den fehlenden Druck der Öffentlichkeit hier erklären. Aber diejenigen, die dort leben ...

E. M.: Sie leben auf Farmen, die ihre Urgroßeltern unseren Urgroßeltern weggenommen. Also können sie nicht einfach sagen: Das alles ist vor mehr als 100 Jahren passiert, wir haben damit nichts zu tun. Sie wollen nicht darüber reden, sondern haben die Einstellung, dass es sie nichts angeht. Aber ich frage mich: Wie lange noch können sie sich so verhalten? Weil das Land, das sie heute besitzen, beispielsweise das meine sein könnte.

Diese Ländereien wurden vor dem Krieg verkauft, richtig?

I. H.: Nein, sie wurden nicht verkauft, sie wurden mit Gewalt enteignet. Als die Deutschen nach Namibia kamen, gab es dort keine politische Partei, keine Regierung. Es war eine friedliche Region, eine

E. M.: Dort gab es nach dem Genozid Farmer, die nach Berlin kamen und Reparationen von der Bundesregierung forderten. Und sie bekamen auch Reparationen, selbst wenn man genau wusste, woher die Bundesregierung das Land hatte, das sie abgegeben hat: aus der Plünderung unseres Volkes. Wir dagegen bekamen bis heute nichts.

Nun ist es aber doch sehr wahrscheinlich, dass die BRD zahlen wird.

I. H.: Deutschland ist ein reiches Land. Auch dank unserer Ressourcen, dank unserer Diamanten. All diese schicken Gebäude in Berlin stehen in Verbindung mit unserer Geschichte. Natürlich beruft sich die Bundesregierung auf ein bilaterales Abkommen mit unserem Kabinett, um nicht zahlen zu müssen. Aber deren Deal mit deren Sache. Wir sagen ganz deutlich: Ob ihr wollt oder nicht, am Ende werdet ihr zahlen müssen. Denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Unsere Gemeinschaften werden nichts von dem Geld sehen, das an die Regierungsstellen gezahlt wird.

Weil der Rassismus gegen Herero und Nama noch immer so stark verbreitet ist?

E. M.: Deutschland war nicht nur im Südwesten von Afrika, sondern auch in Tansania, Togo. Ich denke, die deutschen Behörden befürchten, dass Forderungen aus weiteren Ländern folgen werden, wenn sie unseren nachgeben. Eine Entwicklung, die man bereits beobachten kann. Tansania verlangt gerade Entschädigungen wegen der Kriegsverbrechen. Die Bundesregierung hat Angst, und weitere europäische Länder halten sich bedeckt, denn auch andere gingen nach Afrika, kolonisierten es. Also warten sie ab. Vor hundert Jahren hat niemand daran gedacht, dass später Leute kommen und Forderungen stellen. Deshalb spielen die Behörden nun geradezu ein Spiel: Sie geben viel Geld für Entwicklung an unsere Regierung. Das machen sie, um diese zum Schweigen bringen zu können. Deutschland erhofft sich, dass unsere Regierung unseren Gemeinschaften dann den Rücken kehrt. Ich bin glücklich, dass Tansania gerade auch etwas fordert. Wir müssen da zusammenhalten.

Warum zieht sich Ihre Auseinandersetzung so lange hin? Ist Ihre Gemeinschaft zu arm, zu wenig vernetzt, um Erfolge vorweisen zu können?

I. H.: Wir haben die Power, aber wir wollen sie nicht in einer Weise ausüben, die jetzt noch nicht notwendig ist. Ich habe beispielsweise mit dem Papst über unsere Anliegen gesprochen. Wir werden nicht lockerlassen. Nicht nur die Nama und die Herero, sondern auch andere Menschen wollen jetzt ihr Land zurück. Wir wissen aus Geschichten unserer Eltern und